

ENERGIEWENDE

Wasserstoff-Offensive startet holprig

An entscheidenden Stellen kommt die Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung nicht voran. Firmen fordern verlässliche Investitionsbedingungen.

Klaus Stratmann Berlin

Knapp zehn Monate sind vergangen, seit die Bundesregierung die "Nationale Wasserstoffstrategie" verabschiedete. Sie sollte der Startschuss für den Aufbau einer kompletten Wertschöpfungskette für klimaneutralen Wasserstoff sein. Doch es hapert bei der Umsetzung der Strategie. Zwei Punkte stechen dabei besonders ins Auge. Es fehlt eine Regelung für die Senkung der Stromkosten für die Wasserstoffelektrolyse. Außerdem gibt es noch immer keine Regelung für Differenzverträge, die die Investitionen in neue Produktionsanlagen absichern sollen.

Grundsätzlich hat Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) immer wieder seine Sympathie für Differenzverträge, im Fachjargon meist Contracts for Difference (CfD) genannt, geäußert. Dabei schließt die öffentliche Hand die Lücke zwischen den Kosten für die konventionelle Produktion und den Kosten für Bau und Betrieb neuer Anlagen, die mit klimaneutralem Wasserstoff betrieben werden. Die Ausgestaltung der Modelle liegt allerdings noch im Dunkeln.

In den Unternehmen wächst die Ungeduld. "Die Geschwindigkeit und Konsequenz, die wir für die Umsetzung der Transformation brauchen, sind der Politik bewusst. Das ist gut. Leider hat das aber noch nicht dazu geführt, dass die Rahmenbedingungen für die Industrie klar sind", heißt es beim Industriekonzern Thyssen-Krupp. "Da gilt es, deutlich konkreter zu werden. Denn wir dürfen die einzigartige Chance, bei grünen Technologien den Wettbewerb international anzuführen, nicht verspielen", so das Unternehmen weiter.

/// Stahlbranche betroffen //

Thyssen-Krupp ist in einer besonderen Situation: Das Unternehmen ist als Stahlhersteller einer der großen potenziellen Abnehmer von klimaneutralem Wasserstoff. Zugleich bietet das Unternehmen als Anlagenbauer die Technologie für die Wasserstoffelektrolyse an und gehört dabei zu den Technologieführern.

Konkrete Pläne für die Umstellung der Stahlproduktion auf wasserstoffbasierte Verfahren liegen bei Thyssen-Krupp fertig auf dem Tisch. "Seit mehr als zwei Jahren sagen wir sehr deutlich, dass wir verlässliche regulatorische und finanzielle Voraussetzungen brauchen, um Planungssicherheit für den notwendigen Umbau unserer Produktion zu schaffen", heißt es bei Thyssen-Krupp.

Wissenschaftler haben Verständnis für die wachsende Ungeduld der Wirtschaft. Veronika Grimm, eine der fünf Wirtschaftsweisen und Mitglied des Nationalen Wasserstoffrates, mahnt zur Eile: "Einige Industriebranchen brauchen rasch Klarheit", sagte Grimm dem Handelsblatt. Der Nationale Wasserstoffrat ist ein unabhängiges Expertengremium, das die Bundesregierung bei der Umsetzung der Wasserstoffstrategie berät. Insbesondere die Stahlindustrie stehe in den kommenden Jahren vor wichtigen Investitionsentscheidungen. "Die Unternehmen müssen wissen, worauf sie sich einzustellen haben", sagt Grimm.

Nach Überzeugung von Felix Matthes vom Öko-Institut, der dem Wasserstoffrat ebenfalls angehört, besteht kein Grund, mit der Regulierung weiter zu warten. "Modelle für Differenzverträge kann man jetzt entwerfen und einführen. Wesentliche Investitionsentscheidungen stehen schon in wenigen Jahren an", sagte er dem Handelsblatt. Eine Grundsatzfrage im Zusammenhang mit Differenzverträgen ist bislang ungeklärt: Sollen die Verträge lediglich dabei helfen, die Investitionen in neue Anlagen zu stemmen - oder sollen sie auch für den laufenden Betrieb eingesetzt werden?

Matthes hat dazu eine klare Meinung: "Mit der Investitionssubvention ist es nicht getan. Die Frage, wie die Unternehmen an Wasserstoff kommen, der kostenseitig halbwegs erträglich ist, ist im Moment noch ungeklärt. Am Ende wird auch der Wasserstoffeinsatz ohne sehr starke Veränderungen des regulativen Umfelds noch für längere Zeit subventioniert werden müssen", sagt Matthes. Nach seiner Überzeugung bieten sich auf dafür Differenzverträge an.

Grimm mahnt eine weitere Grundsatzentscheidung an: Sie plädiert dafür, blauen Wasserstoff nicht auszuklammern. Blauer Wasserstoff wird auf Erdgasbasis durch Dampfreformierung hergestellt, das dabei frei werdende CO₂ wird unterirdisch gespeichert. "Der übergangsweise Einsatz von blauem Wasserstoff würde dafür sorgen, dass der Transformationspfad einzelner Branchen in Richtung Dekarbonisierung früher, schneller und kostengünstiger beschritten werden könnte", sagt Grimm.

"Ein Stahlunternehmen, das den kohlebasierten Hochofenprozess auf das Direktreduktionsverfahren umstellt, sollte zu Beginn auch Erdgas, später dann blauen Wasserstoff einsetzen dürfen", empfiehlt sie. Auf diesem Weg erziele das Unternehmen bereits eine beachtliche CO₂-Reduktion. Zugleich sei es vorbereitet auf den Einsatz von grünem Wasserstoff.

Ein zweiter Punkt ist noch immer in der Schwebe: Über die Senkung der Stromkosten für die Wasserstoffelektrolyse wird seit Monaten verhandelt. Sie gilt als Grundvoraussetzung, um mittels Strom durch Elektrolyse Wasserstoff herzustellen. Angesichts der gigantischen Strommengen, die dafür benötigt werden, ist der Strom der größte Kostenblock bei der Wasserstoffelektrolyse.

Der Schlüssel für die Senkung der Stromkosten ist in einer Reduzierung der Umlage nach dem **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** oder in einer vollständigen Befreiung von der EEG-Umlage zu sehen. Die Reduzierung könnte über die Besondere Ausgleichsregelung (BesAR) des EEG erfolgen. Sie existiert seit Jahren und ist für sehr große Stromverbraucher aus der Industrie gedacht.

Die komplette Befreiung hingegen müsste über eine neue Regelung erfolgen. Beide Pfade sind im kürzlich novellierten EEG in Form einer Verordnungsermächtigung aufgezeigt. Eine Konkretisierung gibt es aber noch nicht. Aus Sicht der Wirtschaft ist der Punkt eminent wichtig. "Der Strompreis ist der entscheidende Faktor bei der Wasserstoffelektrolyse", sagte Armin Schnettler, CEO New Energy Business bei Siemens Energy, dem Handelsblatt.

Die analoge Anwendung der BesAR hält Schnettler für den falschen Weg. Die Anwendung der BesAR müsse Jahr für Jahr neu beantragt werden, kritisiert er. "Ich kenne keinen Kunden, der dieses Risiko eingehen will. Es muss eine langfristige Befreiung geben, sonst machen auch die Banken nicht mit", sagte der Siemens-Energy-Manager. Das Unternehmen gehört zu den weltweit führenden Anbietern von Wasserstoffelektrolyseuren.

Grimm und Matthes pflichten ihm bei. "Ziel muss es sein, den Wegfall der EEG-Umlage langfristig zu garantieren", sagt Grimm. Sie plädiere für eine "klare, separate Regelung", sagt sie. "Es wäre falsch, diese Regelung mit zusätzlichen Bedingungen zu verbinden. Vorgaben für den Standort der Elektrolyseure oder mit Blick auf die Zusätzlichkeit des Erneuerbaren-Stroms mit der Gewährung der Befreiung erhöhen nur den Förderbedarf und reduzieren das Tempo der Transformation."

Es müsse ganz grundsätzlich darum gehen, die Abgaben und Umlagen, die auf Strom erhoben werden, zu reduzieren. "Das heutige System hat sich überlebt und muss an die neue Realität und aktuelle politische Zielsetzungen angepasst werden", sagt Grimm. "Die Dekarbonisierung der Sektoren Wärme, Mobilität und Industrie kann nur durch die Nutzung von zunehmend erneuerbar erzeugtem Strom erfolgen."

Damit dies auch wirtschaftlich attraktiv ist, muss Strom von Abgaben und Umlagen entlastet werden, und CO₂-Preise müssen im Gegenzug steigen", fordert sie. Das sieht auch Felix Matthes so: "Wir brauchen eine grundsätzliche Lösung. Eine grundsätzliche Lösung kann nur darin bestehen, die EEG-Umlage komplett anders zu finanzieren. Ziel muss es sein, die EEG-Umlage bis 2025 abzuschaffen."

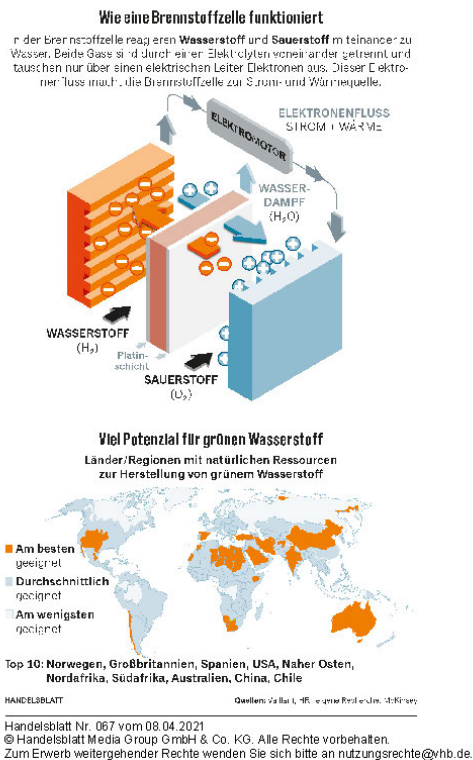
Das Ringen um Entlastungen beim Strompreis für die Wasserstoffelektrolyse offenbare ein grundsätzliches Problem. "Wir kommen mit dem System der Entlastungen bei der EEG-Umlage nicht weiter. Alle Regeln, die man sich da ausdenkt, sind asymmetrisch. Wer die Wasserstoffelektrolyse entlastet, belastet damit indirekt elektrische Wärmepumpen oder andere Technologien, die auf dem Weg zur Klimaneutralität auch unerlässlich sind", sagt Matthes. "Die klare Ankündigung, dass wir die EEG-Umlage 2025 ganz abschaffen, gibt Investoren Sicherheit", sagt Matthes. Bis dahin seien zwar Übergangslösungen unverzichtbar. Sie müssten aber so einfach wie möglich sein. "Je klarer die Lösung ist, desto geringer ist das Risiko, sich in Widerspruch zu den absehbaren EU-Regulierungen zu stellen", sagt er. So sei etwa die Zusätzlichkeit der Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen für die Wasserstoffelektrolyse "ein schwieriges Kriterium". Sie lasse sich im Zweifel "nur schwer oder eben auch gar nicht belegen".

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Einige Industriebranchen brauchen Klarheit. Die Unternehmen müssen wissen, worauf sie sich einzustellen haben.

Veronika Grimm
Wirtschaftsweise

Stratmann, Klaus



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 067 vom 08.04.2021 Seite 008
Ressort:	Politik
Branche:	ENE-01 Alternative Energie B
Börsensegment:	org mdax
Dokumentnummer:	73B43B5A-9D83-453C-91E1-73F3ACF48233

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_73B43B5A-9D83-453C-91E1-73F3ACF48233%7CHBPM_73B43B5A-9D83-453C-91E1-73F3ACF48233

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH